

WGA 05.03.

teht vor Abriss

rt. „Dafür gibt Lösung“, mein-
plet-Sanierung
sch möglich,
finanziell nicht
hätzte 5,3 Mil-
hatte der Um-
Dr. Gerd Zwie-
tüsste die Stadt
n die Giftwerte
hule unter die
eits-Grenze
2 zu drücken.
ht in den Not-
ärzten wollen,
diese Summe
, erklärte Gra-

Touissant gegenüber besorg-
ten Eltern in den letzten Wo-
chen den Ball flachhalten,
spätestens jetzt rückt die
Grundschule in den Fokus.

Geplant ist nicht, die Real-
schüler häppchenweise zu
verlagern und auch nicht auf
verschiedene Standorte zu
verteilen. Nur einen „kom-
pletten Auszug“ hält Jürgen
Graef für sinnvoll. Ziel des
Umzuges wird in ein paar Jah-
ren die Hauptschule an der
Wirtsmühler Straße sein. De-
ren Schülerzahlen liegen auf
einem historisch niedrigen
Niveau. Ob sie bis 2018 über-
lebt, muss sich erweisen.

Möglich wäre, dass mit den
Bauten der benachbarten
Grundschule für eine koope-
rierende Real-/Hauptschule
das „Schulzentrum Ost“ ent-
steht. In die Standortfrage
muss die Gymnasium-Ne-
benstelle in der Schillerstraße
einbezogen werden. Dort
könnten vielleicht die Grund-
schüler vom Weyersbusch
einziehen.

Momentan ist dies Speku-
lation. Jürgen Graef drängte
auf eine Versachlichung der
hochemotional geführten De-
batte, in der es auch um viele
pädagogische Aspekte gehen
wird. Die Stadt weiß, dass bei
dieser komplexen Materie in
Ruhe Lösungen angeboten
werden müssen, die sowohl
Real- wie Hauptschule ge-
recht wird.

Die sechs anwesenden

Fraktionsvorsitzenden emp-
fanden die Schlussfolgerun-
gen der Verwaltung als „alter-
nativlos“. Friedel Burghoff
(BüFo) sprach von einem
„Konsens, der seinesgleichen
sucht“. Alle weiteren Schritte
seien allerdings „Kaffeersatzle-
serei“. Jochen Bilstein (SPD)
fand, dass vor lauter PCB die
„Bedürfnisse der Hauptschü-
ler nicht leiden dürften“.

Gisela Grangeret (Grüne)
drängte, zügig die noch nicht
vorhandenen Räume für die
warmen Mittags-Mahlzeiten
der Realschüler zu suchen.
Henning Rehse (WNK UWG)
gelangte zu einem differen-
zierten Ergebnis des Krisen-
gipfels. Er lobte die „Super-
Vorarbeit“ von Andreas Voß
beim Schulentwicklungsplan,
Resignation sprach aber aus
seinen weiteren Worten:
„Was den Weiterbau der
Mensa betrifft, habe ich
schlichtweg kapituliert.“

Er hätte sich dafür ausge-
sprochen. Als Chemiker
schüttelt Rehse den Kopf über
die PCB-Interpretationen, die
viele Fragen offen lassen. Er
findet, dass es ausreicht, kon-
sequent zu Lüften und zu Rei-
nigen, um die Werte weiter zu
senken.

■ Am Donnerstag, 17.
März (18 Uhr), wird es eine
öffentliche Rats-Sondersit-
zung geben, die sich aus-
schließlich mit den Verän-
derungen in den weiterfüh-
renden Schulen beschäftigt.



axiert, würde
gen. Ost war
schule in den
benfalls stark
de damals er-
t, aber nicht
ne heutige, ri-
g der PCB-
nt.
der Realschul-
ate Ost-Schul-
ar Strehlow-

KOMMENTAR

BM 05.03.

Aufwiegler Rehse verunsichert Eltern

Eigentlich wollten sich gestern
Enach dem Pressegespräch zum
Thema Zukunft der Realschule alle
schon zufrieden, in zumindest
nach außen hin demonstrierter
großer, harmonischer Einigkeit,
nur noch „ein schönes Wochenen-
de“ wünschen. Doch dann schoss
WNKUWG-Fraktionsvorsitzender
Henning Rehse noch einmal
quer. Er sei nach wie vor für den
Weiterbau der Realschulmensa.
Und die PCB-Belastung des Gebäu-
des sei für ihn eigentlich kein The-
ma. Ein Zucken ging durch den
Raum, Versuche von Schadensbe-
grenzung folgten. Man wolle sich
auf keinen Fall auf Rehse's Dolch-
stoßlegende einlassen. Denn der
vermutet offensichtlich immer
noch eine Art von Verschwörung
der ursprünglichen Mensagegner,
die PCB nur als Vorwand benutz-
ten, wie er meint.

Mit dieser Verschwörungstheorie
hat Rehse aber offensichtlich schon
viel Unheil angerichtet. Wie aus
Briefen der Elternvertretungen der
Realschule zu lesen ist, haben die
sich nämlich von dieser Dolchstoß-
legende von Rehse verunsichern
lassen. Hoffentlich gelingt es Rehse
jetzt nicht, weiter Zwietracht zu
säen und durch Fehlinformationen
Unruhe zu stiften. Politik und Ver-
waltung sind nämlich auf dem bes-
ten Weg, für alle Schulen das Best-
mögliche zu tun, wie gestern deut-
lich wurde. Ein Quertreiber und
Aufwiegler wie Rehse, der mit den
Emotionen der Eltern spielt, kann
einen katastrophalen Flächen-
brand anrichten.

GUNDHILD TILLMANN'S

Vorlage „schlichtweg lächerlich“ WGA 10.03.

EHRENAMT Fraktionsvorsitzender Henning Rehse spielt das Thema Karte wieder auf.

Die WNK-UWG-Fraktion will das Thema Ehrenamts-Karte nach der Kreistagssitzung im April sowie einem Gespräch mit dem künftigen Vorstand von Wir in Wermelskirchen (WiW) Marketing wieder aufgreifen.

Das kündigte Fraktionsvorsitzender Henning Rehse am Dienstag an. Ohne den Einsatz der Ehrenamtler wäre das Gemeinwesen längst zusammengebrochen. Ehrenamtler leisteten Arbeit im Gegenwert von zig Milliarden Euro für die Gesellschaft.

Die Vorlage der Stadtverwaltung zur Ablehnung der von der Fraktion beantragten Ehrenamts-Karte sei „kleinkariert“ und „schlichtweg lächerlich“. Laut In-

ternet machten zurzeit nicht 79 von 396 Kommunen in NRW mit, sondern 98.

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) bringe sich mit seinem umfangreichen Angebot ebenfalls ein, was im Übrigen auf eine Initiative Rehses zurückgehe.

Freiwilligenbörse würde Karten verwalten

Hier sei zu erkennen, dass die Stadtverwaltung entweder das Thema nicht erkannt habe oder die Karte einfach nicht wolle.

Rehse: „Nachdem sich die Freiwilligenbörse dankenswerterweise bereit erklärt hat, die Verwaltung der Karte zu übernehmen – die Stadt also kein Per-



Henning Rehse. Foto: WGA-Archiv

sonal zu stellen hat →, ist nicht nachvollziehbar, was der Hinweis der Verwaltung auf die an-

gestrebte zehnprozentige Personalkosteneinsparung' eigentlich bedeuten soll.“

Da es heute schon ein breites Angebot im Rahmen des Stadtpasses gibt, reiche es aus, das auf die Ehrenamtskarte auszudehnen.

Es gebe auch keine Vorgaben, wie viele Angebote eine Stadt einbringen müsse. Entscheidend sei, dass Inhaber der Karte im sich ständig erweiternden landesweiten Netzwerk Vergünstigungen bekommen. Rehse: „Das mag in Wermelskirchen dann nicht so üppig sein, wird aber durch Angebote anderer Kommunen ausgeglichen.“

red

Zügig mit Sanierung beginnen

GRUNDSCHULE OST

Geld für Lüften und Putzen **WGA** bereitstellen. **10.03.**

Wenn am kommenden Montag, 14. März (18 Uhr, Ratsaal), der Haupt- und Finanzausschuss zusammenkommt, um den Haushaltsplan zu beraten, wird die WNK UWG bei den zusätzlichen Aufwendungen einen weiteren Aspekt einbringen. Im Rahmen der PCB-Sanierung hat die Verwaltung für verstärktes Lüften und Putzen an der Realschule die angekündigten 44 000 Euro zusätzlich eingestellt.

„Dieser Ansatz müsste jedoch weiter aufgestockt werden, da auch an der Grundschule Ost ein erhöhter Reinigungsaufwand betrieben werden muss, da die dortigen Werte sich in der gleichen Spanne von 300 bis 3 000 Nanogramm/m³ bewegen wie in der Realschule“, weist die WNK UWG auf eine Unterlassung hin.

Mittel für PCB-Messungen fehlen ebenso im Haushaltsplan

Da die Grundschule Ost, wie letzte Woche nach einer Ältestenrats-Sitzung angekündigt, erhalten bleiben soll, stelle die von der Verwaltung als notwendig dargestellte Sanierung eine nachhaltige Maßnahme dar. „Daher kann mit ihr zügig begonnen werden“, fordert die WNK UWG. Die ersten dafür nötigen Tranchen müssten im Finanzplan dargestellt werden.

Aufgefallen ist der Fraktion auch, dass die Mittel für die weiteren PCB-Messungen im Haushaltsplan fehlen. Außerdem, so stellt die WNK UWG fest, müssten die Folgen aus dem Baustopp der Realschul-Mensa – 220 000 Euro bereits „verbaute“ Mittel aus dem Konjunkturpaket II des Bundes – ebenfalls im Haushalt abgebildet werden. **AWE**

DONNERSTAG 10. MÄRZ 2011

Die finanziellen Folgen der PCB-Belastung

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die WNKUWG-Fraktion fordert jetzt Stadtkämmerer Bernd Hibst auf, die Folgen der PCB-Belastung in der Grundschule Ost wie in der Realschule sowie die finanziellen Konsequenzen aus dem Baustopp der Mensa in den Haushalt mit aufzunehmen. Dies soll am kommenden Montag in der Sitzung des Finanzausschusses im Rahmen der Haushaltsplanberatungen erörtert werden.

Nach Ansicht der WNKUWG-Fraktion sind wenigstens 44 000 Euro für verstärkte Reinigungsarbeiten in der Realschule zu veranschlagen; Fraktionsvorsitzender Henning Rehse rechnet aber mit einem viel höheren Ansatz, da „auch in der Grundschule Ost ein erhöhter Reinigungsaufwand betrieben werden“ müsse. Denn dort bewegten sich die Werte in der gleichen Spanne von 300 bis 3000 Nanogramm je Kubikmeter Raumluft wie in der Realschule.

Seine Fraktion vermisst zudem im Haushalt die Bereitstellung von Mitteln für weitere, von der Verwaltung zugesagte PCB-Messungen.

Da die Stadtverwaltung das Schulgebäude am Weyersbusch weiter nutzen wolle, müsse die dort erforderliche Sanierung im Finanzplan dargestellt werden, forderte Rehse den Stadtkämmerer auf. Zudem fehlten seiner Fraktion die finanziellen Folgen aus dem Baustopp der Realschul-Mensa – 200 000 Euro seien bereits „verbaut“; Dies müsse im Haushalt „abgebildet werden“.

BM **10.03.** Pestalozzi: Rehse stellt Strafanzeige

VON UDO TEIFFEL

WERMELSKIRCHEN Strafanzeige wegen des Verdachts auf Betrug, Beihilfe zum Betrug sowie der Untreue gegen die „damals tätigen Akteure“ beim Bau der Pestalozzischule hat der Fraktionsvorsitzende der WNKUWG, Henning Rehse, gestern bei der Staatsanwaltschaft Köln gestellt. Namen nannte Rehse nicht, er wolle auch keine Details aus diesem „nunmehr schwebenden Verfahren“ veröffentlichen: „Das ist künftig Sache der Staatsanwaltschaft.“

Rehse hatte das Regenbogen-Bündnis über diesen seinen (privaten) Schritt informiert – und Zustimmung erfahren: Keiner habe sich dagegen ausgesprochen, sagte er auf Anfrage. Gestern informierte er den Bürgermeister per Mail über die Strafanzeige.

In den vergangenen Wochen war bekannt geworden, dass ein Brandschutzgutachten unterschlagen worden war (BM berichtete exklusiv). Danach hätten 2002 bereits alle weiteren Planungen und Ausschreibungen für den An- und Neubau gestoppt werden müssen. Wäre dieses Gutachten beachtet worden, dann hätte sich der Schulbau von der Planung bis zur Fertigstellung nicht geschlagene zehn Jahre hingezogen. Und die Kosten wären nicht von den zunächst veranschlagten 2,2 Millionen Euro auf über 12 Millionen Euro angewachsen. Nun kann es passieren, dass Wermelskirchen bei der Verbundschule auf Kosten von ein bis zwei Millionen Euro sitzen bleibt, die eigentlich die Verbundpartner hätten zahlen sollen.

Rehse hat nun der Staatsanwaltschaft eine Liste mit Namen gegeben von Beteiligten – Architekten und städtischen Mitarbeitern – gegeben, die damals am Projekt „Pestalozzischule“ beteiligt waren. „Die sollen die Staatsanwälte abarbeiten.“ **FRAGE DES TAGES**

„Grätsche“ verärgert Weik

Der **Ältestenrat** hat den Bürgermeister beauftragt, die **Unterschlagung** des Brandschutzgutachtens und die Mehrkosten für die **Pestalozzischule** zu untersuchen. Rehse's Strafanzeige ist ihm suspekt. BM M03

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Als ein „seltsames Verhalten“ bewertete gestern Bürgermeister Eric Weik den Schritt des WNKUWG-Fraktionsvorsitzenden Henning Rehse, eine Strafanzeige gegen „die damals tätigen Akteure“ beim Bau der Pestalozzischule zu stellen. „Im Ältestenrat waren sich alle einig, dass die Verwaltungsführung den Vorgang rechtzeitig aufrollen soll und klärt, wie es weiter vorgehen wird.“

Rehse hatte, wie gestern berichtet, Strafanzeige wegen des Verwehrens auf Betrug, Beihilfe zum Betrug sowie Untreue bei der Staatsanwaltschaft Köln gestellt. Er hatte sich eigener Aussage eine Liste von den damals Tätigen beigelegt – mit deutschen Mitarbeitern wie auch Architekten.

Klar ist aus Sicht des Bürgermeisters, dass der Ältestenrat (wird gebildet aus allen Fraktionsvorsitzenden, d.Red.) ihn beauftragt habe, die rechtlichen Möglichkeiten in alle Richtungen aufzurollen.“ Wann erst solle auch in diesem Gremium entschieden werden, ob eine Strafanzeige gestellt werde. „Wir haben ein großes Anwaltsbüro beauftragt, in alle Richtungen zu ermitteln – darunter fallen ebenso strafrechtliche Verantwortliche, wenige deutsche Mitarbeiter und auch Architekten.“ Es gehe hier um disziplinarische, strafrechtliche und zivilrechtliche Schritte – auch um Schadenswiedergutmachung.

Warum Henning Rehse jetzt da „grätscht“, sei ihm nicht ganz klar. Er jedenfalls, so drang durch, wolle seinen Schritt. „Was ein Ratmann tut, würde ich nie be-



Die **Pestalozzischule** kommt aus den Schlagzeilen nicht heraus. Jetzt hat Ratscherr Henning Rehse Anzeige erstattet, um die Verursacher der **Kostenexplosion** strafrechtlich zu packen. BM-FOTO: HANS DÖRNER

werten. Aber Henning Rehse ist Ratsmitglied.“ Und diese Funktion dürfe da nie außer acht gelassen werden. „Er hat als Ratsmitglied gegen Mitarbeiter der Stadtverwaltung Strafanzeige gestellt. Der Rat ist aber Teil der Kommunalverwaltung – wir sind ein Unternehmen.“

Nur strafrechtliche Aspekte

Für Rehse Ansatzpunkt für diese Strafanzeige: „Ich habe, bevor ich den Brief an die Staatsanwaltschaft

Köln am Mittwochnachmittag auf die Post gegeben habe, extra noch einmal mit dem Hauptamtsleiter Jürgen Scholz gesprochen. Von ihm habe ich die Auskunft erhalten, dass das Anwaltsbüro nur dienstrechtliche und zivilrechtliche Konsequenzen prüft. Ich hebe mit meiner Strafanzeige nur auf den strafrechtlichen Aspekt ab.“ Der Staatsanwaltschaft habe er zudem mitgeteilt, dass das Anwaltsbüro im Auftrag der Stadt bereits für die beiden

anderen Bereiche tätig sei.

Er habe Angst, dass die Angelegenheit „nur mal eben abgewickelt“ werde. „Können wir es uns leisten, mal eben 2,9 Millionen Euro zu verblassen? Nein. Wir als Politiker sind für das Wohl der Stadt verantwortlich.“ Das habe man ihm bei der Polizeiwache vorgehalten, jetzt verfare er danach. Zumindest vermutet, dass Wermelskirchen auf den 2,9 Millionen Euro Mehrkosten der Pestalozzischule „sitzen bleibe“.

Wer trägt die Mehrkosten?

WERMELSKIRCHEN (tei-) Auf über zwölf Millionen Euro sind im Laufe der vergangenen zehn Jahre die Kosten für den An- und Neubau der Pestalozzischule geklettert. Anfangs waren 2,2 Millionen Euro veranschlagt. Ein Großteil der Kosten dieser Verbundschule tragen neben Wermelskirchen auch die Verbundpartner: Der Rheinisch-Bergische Kreis sowie die Kommunen Burscheid und Leichlingen.

Auf rund 2,9 Millionen Euro wird

inzwischen der Betrag veranschlagt, der anteilig von den Verbundpartnern zusätzlich übernommen werden müsste. Entstanden waren die gesamten Mehrkosten durch Neuplanungen, Bauzeitenüberschreitungen, Vertragsanpassungen, Kündigung eines Projektbüros, Insolvenzen und Verzug. Wäre in 2002 ein Brandschutzgutachten nicht unterschlagen worden, hätten alle folgenden Mehrkosten und Umplanungen verhin-

dert werden können.

Der Kreis scheint zuversichtlich, dass er wie auch Burscheid und Leichlingen nicht die Mehrkosten aufbringen müsse. Im Kreisschulsausschuss erklärte Bereichsleiter Virnich laut Uwe Hansen (WNKUWG), dass „man auf einem guten Weg sei, nicht mehr an den Kosten beteiligt zu werden“. Laut Hansen erläuterte Virnich dies nicht. Der Bereichsleiter war gestern nicht erreichbar.

INFO

Auf dem Weg

Die **Strafanzeige**, die der Fraktionsvorsitzende der WNKUWG, Henning Rehse, gestellt hat, ist auf dem Weg in die Domstadt. Aber noch nicht bei der Staatsanwaltschaft in Köln angekommen. Das erklärte **Oberstaatsanwalt** Günther Feld an Anfrage.

WGA 12.03.

Vorsorge nicht für einzelne Gebäude

PCB Um zukünftige Risiken für den städtischen Haushalt abzuschätzen, möchte die WNK-UWG-Fraktion PCB-Proben in allen öffentlichen Gebäuden.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr (StuV) soll die Verwaltung beauftragen, in allen städtischen Gebäuden eine Erstbewertung des Gefahrenpotentials von PCB durch Messungen bei 23°C durchführen zu lassen und die Ergebnisse zu veröffentlichen.

Das beantragt die WNK-UWG-Fraktion. Dabei sollen als erstes bewertet werden Liegenschaften, die öffentlich zugänglich sind und in denen städtische und Mitarbeiter der Polizei täglich arbeiten müssen, also zum Beispiel Veranstaltungsgebäude, Schulen oder Sportstätten.

Vorrangig sollten solche Gebäude beprobt werden, bei deren Bau seinerzeit der Einbau PCB-haltiger Materialien legitimer Stand der Technik war. Dazu zählen der Komplex des Gymnasiums mit dem Pädagogischen Zentrum, Rathaus und Bürgerzentrum sowie die Polizeiwache.

Obgleich sich seit Jahren weder ein Gesetz noch eine Verordnung oder ein Grenzwert geändert hätten, leite die Stadtverwaltung heu-

te aus einem Text der „ARGEBAU“ einen Handlungsbedarf ab.

„PCB-Vorsorge ist jedoch für alle städtischen Gebäude gültig und nicht auf Zuruf auf das eine Gebäude anwendbar und auf das andere nicht“, kommentiert Henning Rehse dieses Vorgehen. Die Menschen, die städtische Einrichtungen besuchen, sich dort aufhalten oder dort arbeiten, hätten ein Recht darauf, die PCB-Messwerte ihres Aufenthaltsortes zu kennen.

Zudem zeige die aktuelle Diskussion um Realschule und Grundschule Ost, welche dramatischen Auswirkungen das Thema PCB für den städtischen Haushalt haben kann. Deshalb sei es unabhängig, einen Gesamtüberblick über die Situation zu erhalten, um daraus Konsequenzen für den städtischen Haushalt zu ziehen.

Um künftigen Haushaltsrisiken vorzubeugen, sei eine PCB-spezifische Bestandsaufnahme aller Objekte aus der „PCB-verdächtigen“ Zeit geboten, denkt die Fraktion. *red*

Pestalozzi-Schule: Strafanzeige

WNK-UWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse hat bei der Staatsanwaltschaft Köln Strafanzeige gestellt „gegen die damals tätigen Akteure wegen des Verdachts auf Betrug, Beihilfe zum Betrug sowie der Untreue“ in Sachen Neubau Pestalozzi-Schule. Dr. Rino Seesko, stellvertretender Pressesprecher der Staatsanwaltschaft, sagte, dass das Haus nach Eingang der Anzeige prüfe, ob Voraussetzungen für einen Straftatbestand gegeben sein könnten. *s.n.*

WGA 12.03

FRAGE DES TAGES

GESTERN HABEN WIR SIE GEFRAGT

Sollten die Verantwortlichen der Kostenexplosion zur Rechenschaft gezogen werden?

SO HABEN SIE ABGESTIMMT

JA 95 Prozent
NEIN 5 Prozent



DIE NEUE FRAGE

BH 11.03.11

KOMPAKT

BH 12.03

WNKUWG fordert: Alle Gebäude der Stadt auf PCB untersuchen

WERMELSKIRCHEN (tei-) Eine „Erstbewertung“ des Gefahrenpotenzials PCB in allen städtischen Einrichtungen fordert jetzt die WNKUWG-Fraktion in einem Antrag an den Bürgermeister. Sie beruft sich dabei auf die Stadtverwaltung, die, „obwohl sich seit Jahren kein Gesetz, keine Verordnung, kein Grenzwert geändert haben“, aus einem Text der „Argebau“ einen Handlungsbedarf ableitet und den Bau der Realschul-Mensa stoppte. Die „Argebau“ ist die Konferenz der für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen zuständigen Minister der 16 Bundesländer. In allen städtischen Gebäuden sollen bei 23 Grad Celsius PCB-Messungen vorgenommen werden. Die Ergebnisse sind zu veröffentlichen. Vorrang sollten Gebäude haben, in denen städtische Mitarbeiter und Polizei täglich arbeiten müssen und die zu Zeiten gebaut wurden, als der Einbau PCB-haltiger Materialien legitimer Stand der Technik gewesen sei. Dazu zählen laut WNKUWG der Anbau des Gymnasiums (mit PZ), das Bürgerzentrum und die Polizeiwache. „Die Menschen haben ein Recht darauf zu wissen“, so Henning Rehse, „wie der Status hinsichtlich PCB ist.“ Dieser Gesamtüberblick sei erforderlich, um entsprechende Konsequenzen für den städtischen Haushalt zu ziehen.

WNK-UWG fordert ein absolutes Parkverbot *WKA 22.03*

Die WNK-UWG-Fraktion fordert im Brückenweg zwischen dem Friseurgeschäft Tillmanns und der Firma Fleischer die Einführung eines absoluten Parkverbotes. Derzeit würden die in diesem Bereich geparkten Autos die

Umfahrung der Telegrafienstraße unattraktiv machen, da der Begegnungsverkehr erschwert werde. Viele Autofahrer nutzten deshalb lieber die Telegrafienstraße, das laufe dem Sinn der Innenstadtgestaltung entgegen. *red*

Brückenweg: Halteverbot bleibt eingeschränkt

WERMELSKIRCHEN (tei-) Die Stadtverwaltung hat einseitig das Halteverbot auf dem Brückenweg ausgedehnt – von der Einmündung Telegrafienstraße rechtsseitig bis hinter die Kurve. Doch es ist kein absolutes Halteverbot, wie es WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse gefordert hatte, sondern es handelt sich um ein eingeschränktes Halteverbot. Durch ein Übermittlungsmissverständnis berichteten wir über ein absolutes Halteverbot. Der städtische Verkehrsingenieur Peter Bärwald begründet, warum die Stadt kein Parkverbot einrichtete: „Wir haben hier noch Geschäfte. Da muss die Andienung möglich bleiben.“ Auf der gegenüber liegenden Seite besteht absolutes Halteverbot.

DIENSTAG 29. MÄRZ 2011

SERVICE

WNKUWG fordert sechs weitere PCB-Messungen

WERMELSKIRCHEN (tei-) Nach der Ankündigung, weitere städtische Einrichtungen nach PCB zu untersuchen, hat die WNKUWG jetzt nachgelegt und fordert sechs weitere Messstellen (neben Realschule und Grundschule Ost) im Rathaus und Bürgerzentrum (Büro), Polizeistation (Büro), Anbau Gymnasium (Klassenzimmer), Hallenbad, sowie in den Mehrzweckhallen Dhünn und Dabringhausen einzurichten. Die Kosten schätzt die WNKUWG auf 3000 Euro. Wenn die Ergebnisse im Sommer vorliegen, sollen die Konsequenzen in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt werden.

Nicht nur in Schulen messen *WKA 26.03*

PCB Antrag für sechs Objekte.

Die WNK UWG möchte PCB-Messungen nicht nur in der Realschule und der Grundschule Ost durchführen. In einem Antrag für den Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr am 11. April bittet die WNK UWG auch im Rathaus/Bürgerzentrum, der Polizeistation, dem Anbau Gymnasium, Hallenbad sowie in den Mehrzweckhalle Dhünn und Dabringhausen die Werte zu nehmen. Henning Rehse hält es nach Akteneinsicht für ausreichend, die Raumlufmessungen auf diese sechs weiteren Objekte zu konzentrieren. Nach Vorliegen der Ergebnisse sollen die Konsequenzen im Sommer öffentlich diskutiert werden. *red*